Bad Schwalbach, den 24.01.2020

Niederschrift

Gremium	Ausschuss für Jugend, Bildung und Soziales
Sitzungsnummer	24/X. Wahlperiode
Datum	Donnerstag, 23. Januar 2020
Sitzungsbeginn	16:00 Uhr
Sitzungsende	16:42 Uhr
Ort	KA-Sitzungszimmer

Teilnehmer:

Stellv. Vorsitzende

Frau Petra Müller-Klepper MdL	
-------------------------------	--

Landrat

Herr Frank Kilian	
-------------------	--

Dezernent

Herr Hans Rodius	
Herr Rainer Scholl	

Mitglied

Herr Ulrich Fachinger	
Herr Karl-Wilhelm Höhn	
Frau Wendy Penk	
Frau Roubina Wendel	
Herr Thomas Wieczorek	

Dezernentin

Frau Monika Merkert	
---------------------	--

Fraktion Die LINKE

Herr Benno Pörtner	
--------------------	--

Stellv. Mitglied

Herr Ali Emamalizadeh	
-----------------------	--

Herr Volker Mosler	
--------------------	--

entschuldigt

Frau Andrea Kremer	
Frau Anna-Maria Linke-Diefenbach	
Frau Tanja Pfenning	
Frau Dr. Alexia Schadow	

Verwaltung

Frau Liane Schmidt	
--------------------	--

Schriftführer

Herr Andreas Schumann	
-----------------------	--

Öffentliche Tagesordnungspunkte:

Die stellvertretende Ausschussvorsitzende, Frau Müller-Klepper, begrüßt die Anwesenden zur 24. Sitzung des Ausschusses für Jugend, Bildung und Soziales (JuBiS). Sie stellt fest, dass die Tagesordnung und die Ladung ordnungsgemäß zugegangen sind und dass der Ausschuss beschlussfähig ist. Es bestehen keine Wünsche zur Tagesordnung.

TOP 1. DS Genehmigung der Niederschrift der Sitzung des Ausschusses für Jugend, Bildung und Soziales vom 21.11.2019

Frau Müller-Klepper fragt, ob es Ergänzungs- oder Änderungswünsche zur Niederschrift der Sitzung des JuBiS vom 21.11.2019 gibt.

Keine Wortmeldungen dazu.

Abstimmungsergebnis: **einstimmig genehmigt**

TOP 2. DS Sachstandsbericht Hartz IV

Der JuBiS nimmt die Berichte November und Dezember 2019 zur Kenntnis.

Abstimmungsergebnis: **zur Kenntnis genommen**

TOP 3. DS Sachstandsbericht Asyl

Es liegt kein aktueller Sachstandsbericht vor.

TOP 4. DS X/1143 Erweiterung der Räumlichkeiten der Betreuung an der Wörsbachschule in Idstein

Herr KB Scholl teilt mit, dass noch keine Stellungnahme der Schulleitung zur Kosten- und Bedarfsschätzung vorliegt. Die Verwaltung reicht die Stellungnahme bis zur nächsten Sitzung des JuBiS nach.

Es besteht Einvernehmen, den TOP bis dahin zu vertagen.

Abstimmungsergebnis: **vertagt**

TOP 5. DS X/1170 Grundschulen; hier: Berichts Antrag Nr. 30/19 der AfD-Fraktion vom 22.11.2019, eingegangen am 25.11.2019

Da es keine Wortmeldungen zum TOP gibt, lässt Frau Müller-Klepper über den Berichts Antrag abstimmen.

Abstimmungsergebnis: **einstimmig beschlossen**

Beschluss:

1. Welche einzülig betriebenen Grundschulen gibt es im Rheingau-Taunus-Kreis?
2. Werden in sämtlichen dieser Grundschulen die Schülermindestzahlen erreicht?
3. Zu welchen Zeitpunkten wurde für diese Grundschulen jeweils eine Mehrjahresplanung durchgeführt? Welchen Zeithorizont nimmt die Mehr-Jahresplanung in Aussicht?
4. In welchen dieser Grundschulen sind Sanierungsmaßnahmen erforderlich? Um welche Arbeiten handelt es sich im Einzelnen?
5. Wurde für sämtliche dieser Grundschulen der Sanierungsbedarf ermittelt?

TOP 6. DS X/1181 Bezugskreis des 365 Euro-Tickets unter den Schülerinnen und Schülern des Kreises; hier: Berichts Antrag Nr. 31/19 der SPD-Fraktion vom 16.12.2019

Da es keine Wortmeldungen zum TOP gibt, lässt Frau Müller-Klepper über den Berichts Antrag abstimmen.

Abstimmungsergebnis: **einstimmig beschlossen**

Beschluss:

Der Kreisausschuss wird gebeten zu berichten,

- wie viele Schülerinnen und Schüler sowie Auszubildende im Kreis, 2019 ein 365 EuroTicket vom Schulträger erhalten.
- ob auch Austauschschüler und Austauschschülerinnen zum Bezugskreis des Tickets gehören.
- wie viele Schülerinnen und Schüler eine Schule im Rheingau-Taunus-Kreis besuchen.

TOP 7. DS X/1190 "Home Office/ mobile Working"; hier: Berichts Antrag Nr. 32/19 der CDU-Fraktion vom 19.12.2019, eingegangen am 23.12.2019

Da es keine Wortmeldungen zum TOP gibt, lässt Frau Müller-Klepper über den Berichts Antrag abstimmen.

Abstimmungsergebnis: **einstimmig beschlossen**

Beschluss:

1. Der Kreisausschuss wird gebeten zu berichten, inwieweit die Kreisverwaltung sich bereits derzeit bzw. in den nächsten Jahren mit „mobile Working“ oder „Home- Office“ Arbeitsweisen auseinandergesetzt hat?

1.1. Inwieweit wird bereits das mobile Working oder Home-Office-Arbeitszeiten angewandt?

1.1.1 Wie viele Mitarbeiter sind im Home-Office tätig (bitte nach Arbeitszeit/Stunden im Home-Office angeben)?

1.1.2 Gibt es Örtlichkeiten (bspw. Büroräume), die bereits als mobile Working- Arbeitsplätze bezeichnet sind?

1.2 Ist zu den neuen Arbeitsmodellen „mobile Working“ und „Home-Office“ bereits eine Strategie u.a. zu den Themenbereichen wie Organisation, Management, Sicherheit, Präsenzzeit, Verhalten und gesetzliche Rahmenbedingungen entwickelt worden?

1.3 Wie würde sich der Platzbedarf der Kreisverwaltung durch weitere Home-Office-

Arbeitsplätze bzw. mobile Working-Arbeitsplätze verändern?

1.4 Sind die technischen Voraussetzungen für Home-Office-Arbeitsplätze und mobile-Working-Arbeitsplätze vorhanden?

TOP 8. DS X/1192 Recht auf Betreuungsplatz an Grundschulen ab 2025; hier: Berichtsantrag Nr. 29/19 der FWG-Fraktion vom 05.11.2019

Eine Nachfrage von Herrn Höhn wird von Herrn KB Scholl beantwortet.
Der JuBiS nimmt die Beantwortung der Anfrage einvernehmlich zur Kenntnis.

Abstimmungsergebnis: **zur Kenntnis genommen**

TOP 9. DS X/1202 Lebensmittelkontrollen in Betrieben; hier: Berichtsantrag Nr. 03/20 der LINKE-Fraktion vom 07.01.2020, eingegangen am 08.01.2020

Da es keine Wortmeldungen zum TOP gibt, lässt Frau Müller-Klepper über den Berichtsantrag abstimmen.

Abstimmungsergebnis: **einstimmig beschlossen**

Beschluss:

Der Kreisausschuss wird gebeten zu berichten, wie viele der vorgeschriebenen Lebensmittelkontrollen in Betrieben im Kreis in den Jahren 2018 und 2019 nicht durchgeführt wurden und warum dies der Fall war. Ebenso soll berichtet werden, was der KA unternommen hat und unternimmt diesen Missstand zu beseitigen.

TOP 10. DS X/1169 Aufnahme von aus Seenot geretteten Geflüchteten; Antrag Nr. 42/19 der LINKEN-Fraktion vom 27.11.2019, Dringlichkeitsantrag zur Kreistagssitzung am 03.12.2019

Frau Müller-Klepper erläutert, dass dieser Antrag in der letzten Kreistagssitzung als Dringlichkeitsantrag eingebracht worden war; die Dringlichkeit wurde nicht bejaht, so dass der Antrag jetzt hier im JuBiS behandelt wird.

Parallel gibt es von heute noch einen Änderungsantrag der AfD - Fraktion zu diesem TOP der Kreistagssitzung. Kopien des Antrags sind verteilt worden.

Herr Pörtner erklärt, dass unter Hinweis auf die Geschäftsordnung des Kreistages der vorliegende Antrag der AfD-Fraktion nicht die Kriterien für einen Änderungsantrag erfüllt. Er beantragt abzustimmen und festzustellen, dass der Antrag der AfD-Fraktion kein Änderungsantrag ist und hier nicht beraten wird.

Frau Müller-Klepper lässt über den Geschäftsordnungsantrag von Herrn Pörtner abstimmen:

Abstimmungsergebnis:

2 JA-Stimmen
1 NEIN-Stimme
5 Stimmenenthaltungen

Der JuBiS beschließt mehrheitlich, den vorliegenden Änderungsantrag der AfD-Fraktion zu TOP III.8 der kommenden Kreistagssitzung nicht zu beraten.

Sodann wird der Ursprungsantrag vom JuBiS beraten; an der Diskussion beteiligen sich die Herren Landrat Kilian, Pörtner, Höhn und Mosler.

Frau Müller-Klepper stellt fest, dass Abstimmung nach Ziffern gewünscht wird und lässt abstimmen:

Abstimmungsergebnis:

Ziffer 1.

„Der Kreistag verurteilt jede Kriminalisierung von Seenotrettung.“

6 JA-Stimmen
1 NEIN-Stimme
1 Stimmenenthaltung

Mehrheitlich beschlossen.

Ziffer 2.

„Der Rheingau-Taunus-Kreis schließt sich der Initiative zahlreicher Kommunen wie z. B. allein in Hessen Darmstadt, Kassel, Marburg, Wiesbaden und den Landkreisen Darmstadt-Dieburg, Groß-Gerau und Werra-Meißner an und erklärt sich bereit, Geflüchtete aus der Seenotrettung im Mittelmeer aufzunehmen.“

2 JA-Stimmen
5 NEIN-Stimme
1 Stimmenenthaltung

Mehrheitlich abgelehnt.

Ziffer 3.

„Der Kreistag bitte den Landrat die notwendigen Schritte zu unternehmen.“

2 JA-Stimmen
5 NEIN-Stimme
1 Stimmenenthaltung

Mehrheitlich abgelehnt.

Beschluss:

1. Der Kreistag verurteilt jede Kriminalisierung von Seenotrettung.

TOP 11. DS X/1195 Laienreanimation; hier: Antrag Nr. 01/20 der CDU-Fraktion vom 06.01.2020, eingegangen am 06.01.2020

Herr KB Scholl weist darauf hin, dass im Antrag „muss“ durch „sollte“ zu ersetzen sei, da der Kreis nicht in den Lehrplan des Staatlichen Schulamtes eingreifen kann.

Es folgt eine kurze Diskussion an der sich Frau KB Merkert, Frau Penk und die Herren Mosler, Höhn, KB Scholl beteiligen.

Frau Penk schlägt die Erweiterung des Antrages um einen Punkt 3 vor:
„3. Die im Kreis ansässigen Hilfsorganisationen sind einzubeziehen.“

Herr Landrat Kilian schlägt zusätzlich die Anpassung von Punkt 1 Satz 2 vor:
„Am Workshop sollten alle Schüler der Jahrgangsstufe 9 teilnehmen.“

Auf Nachfrage von Frau Müller-Klepper erklärt Herr Mosler für seine Fraktion, dass die vorgenannten Änderungsvorschläge in den Antrag übernommen werden können.

Frau Müller Klepper lässt dann über den Antrag in der geänderten Form abstimmen.

Abstimmungsergebnis: **einstimmig beschlossen**

Beschluss:

Der Kreistag möge beschließen:

1. In den im Rheingau-Taunus-Kreis ansässigen Schulen sollte einmal im Schuljahr - bestenfalls in der Zeit zwischen Noten- und Zeugnisvergabe am Ende des Halbjahres - ein Workshop zum Thema Laienreanimation durchgeführt werden. Am Workshop sollten alle Schüler der Jahrgangsstufe 9 teilnehmen. Der Workshop muss von einem Experten durchgeführt werden und muss einen Praxisteil enthalten.
2. Der Kreistag beauftragt den Kreisausschuss nach weiteren Möglichkeiten – zum Beispiel in Form von Wiederbelebungs-Massentrainings, Infokampagnen oder Auffrischkursen - zu suchen.
3. Die im Kreis ansässigen Hilfsorganisationen sind einzubeziehen.

TOP 12. DS X/1182 Partnerschaft für Demokratie im Rheingau-Taunus-Kreis – Jahresrückblick 2019

Frau KB Merkert weist darauf hin, dass es sich nicht um eine Beschlussvorlage, sondern um eine Mitteilungsvorlage handelt.

Der JuBiS nimmt die Mitteilungsvorlage zur Kenntnis.

Abstimmungsergebnis: **zur Kenntnis genommen**

TOP 13. DS X/1117 Kompetenzzentrum Pflege; hier: Antrag Nr. 35/19 der CDU-Fraktion vom 30.09.2019

Der TOP wurde lt. Beschluss unter TOP neu 14 Verschiedenes zusätzlich aufgenommen. Frau Penk schlägt eine Ergänzung des Antragstextes vor, die vom Antragsteller übernommen wird. Frau Müller-Klepper lässt über den Antrag abstimmen.

Abstimmungsergebnis:

7 JA-Stimmen
0 NEIN-Stimmen
1 Enthaltung

**Einstimmig
beschlossen**

Beschluss:

Der Kreisausschuss wird gebeten, durch den zuständigen Fachdienst in Zusammenarbeit mit der Gesundheitskoordinatorin ein Konzept für die Etablierung eines „Kompetenzzentrums Pflege“ im Rheingau-Taunus-Kreis zu erarbeiten, durch das der Pflegestützpunkt ergänzt bzw. weiterentwickelt und ausgebaut wird. Das Kompetenzzentrum soll die spezifische, individuelle Fallanalyse und Beratung bis hin zur Sicherstellung und Begleitung der notwendigen pflegerischen Versorgung abdecken, um Pflegebedürftigen und pflegenden Angehörigen umfassende Unterstützung zu bieten. Innovative Ansätze wie das Konzept der Gemeindegeschwister 2.0 sollen integriert, ehrenamtliche Initiativen eingebunden und zudem die Chancen der Digitalisierung genutzt werden. Dem Kreistag ist das Konzept vorzulegen.

TOP 14. DS Verschiedenes

Frau KB Merkert berichtet aus dem Jugendhilfeausschuss und gibt einen Überblick über die dort behandelten Themen. Schwerpunkte der letzten Sitzung waren die Themen Jugendtaxi, Gesundheitskoordination und Familiensprechstunde beim Kinderarzt. Frau KB Merkert beantwortet Nachfragen dazu und wird ab jetzt regelmäßig in dieser Form im JuBiS informieren.

Frau Müller-Klepper informiert zum Thema Kompetenzzentrum Pflege; seinerzeit wurde der TOP bis zur Vorlage des Masterplans vertagt. Sie weist darauf hin, dass kommende Woche das Land im Rahmen der Haushaltsberatungen u. a. auch einen Antrag zur Förderung von Modellprojekten zur Ergänzung der bestehenden Pflegeberatung um ein individuelles Case Management und Ausbau der Vernetzung in einem oder mehreren Pflegestützpunkten beraten wird. Wenn der Kreis sich um die Landesmittel bewerben will, ist eine frühere Positionierung in der Sache unbedingt angezeigt.

Herr Landrat Kilian schlägt vor, die Tagesordnung zu erweitern und bereits heute über den vertagten TOP abzustimmen.

Frau Müller-Klepper lässt über den Vorschlag die TO um den TOP - neu 13 X/1117 Kompetenzzentrum Pflege – zu erweitern abstimmen.

Abstimmungsergebnis:

7 JA-Stimmen

0 NEIN-Stimme

1 Stimmenenthaltung

Einstimmig beschlossen.

Herr KB Scholl berichtet von der Sitzung des Ausschusses für Schulentwicklung Rheingau (ASR) am vergangenen Montag. Ab der nächsten Wahlperiode wird wohl eine Schulkommission eingesetzt werden.

Herr Pörtner bittet, den Berichts Antrag zum Thema Wohnungen für Demenzkranke in einer der nächsten Sitzungen des JuBiS zu beraten.

Auf Nachfrage von Frau Müller-Klepper gibt es keine weiteren Wortmeldungen zum TOP.

Frau Müller-Klepper dankt den Anwesenden für die gute Zusammenarbeit, wünscht eine gute Heimreise und schließt die Sitzung um 16:42 Uhr.

Bad Schwalbach, 24. Januar 2020

.....
(Petra Müller-Klepper)
Stellvertretende
Ausschussvorsitzende

.....
(Andreas Schumann)
Schriftführer